

Kundenparkplätze für die Veedel öffnen

Antrag der SPD-Fraktion

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 05.12.2017

Antragsnummer: AN/1731/2017

Status: in Bearbeitung

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, Kontakt zu Handelsunternehmen (z.B. Discounter, Baumärkte etc.) mit Kundenparkplätzen und -parkhäusern **sowie zu privaten Parkhausbetreibern** aufzunehmen und zu klären, unter welchen Rahmenbedingungen eine Öffnung für Anwohnerinnen und Anwohner möglich wäre.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage gemeinsam mit den maßgeblichen Akteuren Lösungen zu entwickeln, mit dem Anwohnerinnen und Anwohnern Parkmöglichkeiten auf Kundenparkplätzen und in Kundenparkhäusern eröffnet werden können.
3. Die Verwaltung wird gebeten, regelmäßig über den Sachstand im Verkehrsausschuss, im Stadtentwicklungsausschuss und in den örtlich zuständigen Bezirksvertretungen zu berichten.

Sachstand:

Der Beschluss wird bearbeitet.

Chancen für Zündorf-Süd endlich nutzen
Antrag der SPD-Fraktion
Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gremium: Rat

Sitzungsdatum: 14.11.2017

Antragsnummer: AN/1565/2017, AN/1604/2017, AN/1647/2017

Status: in Bearbeitung

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im anstehenden Planfeststellungsverfahren zur Erweiterung der A 59 dafür Sorge zu tragen, eine zukünftige L 82-6n (Entlastungsstraße für Zündorf) an die A 59 anzubinden.
2. Die Planungen für die Verlängerung der Linie 7 sind umgehend wieder aufzunehmen, so dass eine grundsätzliche Förderfähigkeit beim Land geprüft und gleichzeitig das Genehmigungsverfahren eingeleitet werden kann.
3. Zur zeitnahen Realisierung einer Entlastungsstraße und Verlängerung der Linie 7 sind alle Finanzierungsoptionen zu prüfen. Dazu gehören auch private Finanzierungen oder Vorfinanzierungen (privat oder Stadt) oder Eigenfinanzierungen durch die Stadt. Die Ergebnisse der Prüfung sind den zuständigen Gremien vorzulegen.
4. Der Rat bekräftigt, dass eine Bebauung in Zündorf- Süd nur nach einer Realisierung der erforderlichen ÖPNV-Infrastruktur und der Entlastungsstraße erfolgen kann.
5. Das rund 54 Hektar große Wohnbauland ‚Zündorf-Süd‘, dessen Ziel es ist, ein lebenswertes und gemischtes Quartier zu werden, soll in Anlehnung an den Zielfindungsworkshop vor allem nach folgenden ökologischen Vorgaben weitergeplant werden:

- die städtebaulichen Grundsätze müssen mit den gesamtstädtischen Klimaschutzzielsetzungen konform sein. Dies heißt, dass es eine solare und energetische Optimierung der Planung bedarf.
 - Es gilt ein Quartier mit einer zeitgemäßen Energieeffizienzstandards zu entwickeln.
6. Auf Grund der topographischen Struktur (ehemaliger Altrheinarm) ist das Plangebiet ein wichtiges Kaltluftentstehungsgebiet und ein wichtige Frischluftschneise. Sowohl in der freiraumplanerischen Gestaltung (Versickerungsmulden, Grüne Finger etc.) wie auch in der städtebaulichen Figur sind diese klimatischen und ökologischen Besonderheiten dieses Gebietes maßgeblich zu berücksichtigenden.
 7. Es ist weiterhin eine umfassende Bürgerbeteiligung vorzusehen.
 8. Mit den Nachbarn sind die Verhandlungen über eine einvernehmliche Lösung für die Verkehrswege zu forcieren.

Sachstand:

Bezüglich der Planfeststellung des 6-streifigen Ausbaus der A 59 und der Anbindung der L 82n an die A 59 laufen derzeit Abstimmungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW.

Die Erweiterung der Machbarkeitsstudie wurde federführend im April 2018 durch den Rhein-Sieg-Kreis beauftragt.

In einer Mitteilung an den Verkehrsausschuss (vgl. Vorlagen-Nr.: 0606/2018) wird für den Stadtteil Zündorf der Vorschlag der Verwaltung ausgeführt, die Stadtbahnlinie 7 zu verlängern. Diese Verlängerung wurde für den ÖPNV-Bedarfsplan des Landes Nordrhein-Westfalen angemeldet. Es ist ein ausreichend hoher volkswirtschaftlicher Nutzen nachzuweisen, der mit zusätzlichen Wohneinheiten erreicht werden könnte.

Die übrigen Beschlusspunkte sind in der Bearbeitung.

Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes

Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion sowie der Gruppe Gut

Änderungsantrag der Gruppe Bunt

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

Gremium: Rat

Sitzungsdatum: 14.11.2017

Antragsnummer: AN/1589/2017, AN/1637/2017, AN/1640/2017

Status: in Bearbeitung

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit der KVB AG zügig ein Umsetzungskonzept zur Weiterentwicklung der KVB-Busangebote im Kölner Stadtgebiet unter den hier aufgeführten Maßgaben zu erstellen und dem Verkehrs-, Stadtentwicklungs- und Finanzausschuss vorzulegen.

1. Es sollen Vorschläge für eine dauerhafte Erweiterung des KVB-Busnetzes durch Taktverdichtungen und neue Buslinien bzw. -linienführung erstellt werden. Diese sollen vor allem die außenliegenden Bezirke betreffen, um eine bessere bzw. attraktivere Verbindung zur Innenstadt anzubieten. Insbesondere die Neubaugebiete im Westen wie Widdersdorf und der neue Schulstandort Girlitzweg, dazu im Süden die Gebiete um Rondorf und das Sürther Feld sollen besser angebunden und die „Unibuslinie“ verstärkt werden. Im Norden sollen das Gewerbegebiete Feldkassel und die Fordwerke als auch die anliegenden Rheindörfer sowie Auweiler und Esch besser bedient werden. Die rechtsrheinischen Stadtgebiete sind ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Stadtentwicklung zu optimieren. Dazu zählen neben den geplanten Neubaugebieten im Porzer Süden das künftige Wohnquartier Deutzer Hafen und Mülheimer Hafen.
2. Es sollen Vorschläge für Angebotsausweitungen des Busnetzes im Interim erstellt werden, da die langen Zeiträume zur Umsetzung der im ÖPNV-Bedarfsplan vorgesehenen Vorhaben zur Erweiterung des Stadtbahnnetzes überbrückt werden müssen. Dies soll Taktverdichtungen und neue Buslinien für

die Verbindung Hürth – Universität zwecks Entlastung der Linie 18, für die rechtsrheinische Verbindung zum Bahnhof Deutz zur Entlastung der Linie 9, die Entlastung der Linie 4 zwischen Höhenhaus und Wiener Platz, die Entlastung der Linie 1 zwischen Kalk und Innenstadt sowie zwischen Weiden und der Innenstadt und die Anbindung von Rondorf umfassen.

3. Die KVB-Buslinien sollen sukzessive durch E-Busse betrieben werden. Daher soll eine Umsetzungsplanung für die Umstellung der Busflotte für den Zeitraum bis spätestens 2030 erstellt und vorgelegt werden.
4. Zur Finanzierung der dargestellten Ziele zur Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes sollen Ergebnisverbesserungen der KVB AG im Zeitraum 2018 bis 2022 genutzt werden, die die Verlustdeckelung von 90 Mio. Euro gemäß Vorgabe für die Direktvergabe unterschreiten. Darüber hinaus sollen Mittel aus dem in Aussicht gestellten „Mobilitätsfonds“ der Bundesregierung zur Verminderung der Luftschadstoffbelastung in den Städten eingesetzt werden, die bereits beantragt wurden.

Sachstand:

Das in der Bearbeitung befindliche Konzept befasst sich mit folgenden Inhalten:

Es umfasst Vorschläge für Interimsbusverkehre, welche die Einrichtung von zusätzlichen Busangeboten vorsehen, die mit einer Ausnahme alle in den kommenden 2 Jahren umgesetzt werden sollen. Zudem enthält es Vorschläge zur dauerhaften Weiterentwicklung, welche die Einrichtung von zusätzlichen Busangeboten vorsieht, die einen kurz- und mittelfristigen Umsetzungshorizont haben. Die Kosten werden zurzeit insgesamt verifiziert, insbesondere hinsichtlich der Kosten für Infrastrukturanpassungen im Straßennetz, die derzeit geprüft und aufbereitet werden.

Darüber hinaus untersucht die KVB AG für 6 Buslinien den Einsatz von E-Bussen. Ergebnisse werden im 1. Halbjahr 2018 erwartet.

Im Rahmen des Antrages sind weitere Vorschläge benannt worden, die auch Bestandteil der noch zu prüfenden Maßnahmenvorschläge sind, die im Rahmen der Beschlussfassung zum 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln im Juni 2017 aufgenommen wurden. Die Themen werden entsprechend aufbereitet und in gesonderten Vorlagen den politischen Gremien vorgelegt.

Fahrradmitnahme durch Taxis mit Fahrradträgern

Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Gruppe Gut

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 10.10.2017

Antragsnummer: AN/1249/2017

Status: erledigt

Beschluss:

Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, welche städtischen Möglichkeiten sie sieht, die Fahrradmitnahme durch Taxis mit Fahrradträgern in Köln einzuführen bzw. auszubauen. (Etwa durch Gespräche mit den ortsansässigen Taxizentralen, Änderungen/Ergänzungen des Taxitarifs o.ä.)

Sachstand:

Es wird auf die Mitteilung an den Verkehrsausschuss am 05.12.2017, Vorlagen-Nr.: 3178/2017, verwiesen.

Die Verwaltung hat den beschlossenen Antrag an TAXI RUF Köln übermittelt mit der Bitte, diesen Antrag an die angeschlossenen Unternehmen weiterzugeben und das Vorhaben zu bewerben. Weitere Handlungsmöglichkeiten sieht die Verwaltung nicht.

Mehr Sicherheit im Kölner Stadtverkehr

Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Gruppe Gut

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 05.09.2017

Antragsnummer: AN/1133/2017

Status: in Bearbeitung

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit Vertretern der Polizei und des ADFC zu erörtern, welche Verkehrsknoten mit freilaufenden Rechtsabbiegern konfliktträchtig sind und welche Maßnahmen an dem jeweiligen Knoten erforderlich sind.

Diese sind unverzüglich umzusetzen.

Diese beinhalten u.a.:

- a. Gewährleistung der Sichtbeziehungen durch Abbau von Werbeträgern, konsequentem Vorgehen gegen falsch parkende PKW, usw.)
- b. Führung des Radverkehrs auf der Straße, um Kreuzungen „in einem Rutsch“ passieren zu können
- c. Wechselblinkanlagen vor Fußgängerüberwegen und Fahrradfurten
- d. Beschilderung, die auf kreuzenden Rad- und Fußverkehr hinweist, ggf. ergänzt durch Fahrradsymbole auf der Fahrbahn
- e. Rückbau des freilaufenden Rechtsabbiegers. Falls verkehrlich zum Erhalt der Leistungsfähigkeit dieser weiterhin erforderlich sein sollte, erfolgt eine geschwindigkeits-reduzierende Umgestaltung, z.B. durch Einsatz von sog. „Kölner Tellern“

Darüber hinaus soll die Verwaltung gemeinsam mit Vertretern der Polizei darstellen, welche Unfallursachen in Köln als Schwerpunkte zu sehen sind und welche weiteren Maßnahmen erforderlich sind, das Unfallgeschehen in Köln wirksam zu reduzieren.

Sachstand:

Dem Beschluss des Ausschusses nach konkreter Information zur Darstellung der Unfallursachen wurde mit der Mitteilung „Unfallgeschehen, Unfallhäufungsstellen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2016 im Stadtgebiet Köln“ (Vorlagen-Nr.: 2236/2017) entsprochen.

Ergänzend kann mitgeteilt werden, dass über die Unfallkommission jeweils geeignete Maßnahmen abgeleitet werden und mit ihr auch ein Instrument besteht, für welche kritischen Bereiche nachvollziehbar und wirkungsvoll kurzfristige Maßnahmen ergriffen werden können.

Hierzu gehören u.a. die Maßnahmen entsprechend der Punkte a-e, die aber im Einzelfall geprüft werden müssen, denn eine „Reizüberflutung“ durch übermäßige Verwendung von „Warnblinkern“ und „Gefahrenzeichen“ mindert deren Wirkung an tatsächlichen Gefahrenstellen. Entsprechend der Vorgaben aus der Straßenverkehrsordnung (StVO) und zugehöriger Verwaltungsvorschriften ist ein sparsamer Einsatz dieser Verkehrszeichen geboten.

Der Rückbau „freier Rechtsabbieger“ wird im Rahmen von Umplanungen und bei entsprechend festgestellten Unfallgeschehen geprüft und umgesetzt. Der Einbau sogenannter Kölner Teller wird eher kritisch gesehen, da hierdurch insbesondere eine Gefährdung für Zweiradfahrer entsteht und die Emissionsbelastung durch Abbrems- und Beschleunigungsvorgänge steigt.

Ein vertiefendes interfraktionelles Gespräch zu der Gesamtproblematik fand am 16.04.2018 statt.

Förderung der E-Mobilität im ÖPNV

Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion sowie der Gruppe Gut

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

Gremium: Rat

Sitzungsdatum: 11.07.2017

Antragsnummer: AN/1008/2017, AN/1056/2017

Status: in Bearbeitung

Beschluss:

Als ein weiterer Baustein einer emissionsarmen Mobilitätsentwicklung im Rahmen von „KölnMobil 2025“ wird der Umstieg auf E-Mobilität beim ÖPNV-Dienstleister KVB AG weiter gefördert. Daher beschließt der Rat der Stadt Köln die Umsetzung folgender Maßnahmen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der KVB und in Abstimmung mit der Rheinenergie einen Plan für den weiteren Ausbau des E-Bus-Netzes zu erstellen. Die Planung soll die sukzessive Erweiterung des E-Bus-Netzes beinhalten und dabei vordringlich diejenigen Buslinien berücksichtigen, die in Bereichen hoher Schadstoffbelastungen bzw. in der Innenstadt verkehren.

Ziel dieser Planung soll eine Umstellung der kompletten Busflotte auf elektrischen Antrieb sein. Der Strom soll dabei – wie schon bei den Stadtbahnen – zu 100% aus regenerativen Quellen stammen.

2. Mit der Planung soll ein Zeit-Maßnahmenplan unter Berücksichtigung folgender Punkte vorgelegt werden:

- Welche Buslinien können kurz-, mittel-, und langfristig - inklusive des Aufbaus multifunktionaler Ladestationen - umgestellt werden.
- Aufgrund der zurzeit noch sehr hohen Mehrkosten soll die Umsetzung jedoch erst in Abhängigkeit von hierzu zur Verfügung stehenden Drittmitteln (beispielsweise einer Landesförderung) erfolgen.

- Neben den zu erwartenden Mehrkosten sind auch die CO₂-Einsparungen und die Minderbelastung durch NO_x und Feinstaub sowohl absolut als auch in Relation zur betroffenen Bevölkerung darzustellen.
- Spätestens Ende 2017 ist die Planung dem Rat und den fachlich involvierten Ausschüssen zur Entscheidung vorzulegen.

3. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit werden Verwaltung und KVB AG gebeten, mit den Verkehrsunternehmen im Umland, insbesondere der RVK, bei der Erprobung und Einführung weiterer umweltfreundlicher Antriebstechniken zu kooperieren. Dies umfasst insbesondere auch Brennstoffzellen-Hybridbusse auf Wasserstoff-Basis im Rahmen des EU-Förderprogramms JIVE.

Sachstand:

Das Thema der E-Mobilität ist Bestandteil der sich zurzeit in Bearbeitung befindlichen Vorlage mit der KVB AG. Die Vorlage wird voraussichtlich im 1. Halbjahr 2018 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Einrichtung einer Mobilitätsstation in Chorweiler
Antrag der Fraktion Die Linke.Köln

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 27.06.2017

Antragsnummer: AN/0910/2017

Status: in Bearbeitung

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für weitere Mobilitätsstationen an allen wichtigen multimodalen Verkehrsknotenpunkten voranzutreiben. Hierbei soll der S-Bahnhof Chorweiler im Rahmen des Projektes „Nationale Projekte des Städtebaus“ vorrangig geprüft werden. Hierbei werden die folgenden Verkehrsträger miteinander verknüpft und ein einfaches Umsteigen ermöglicht.

- Fußverkehr
- Fahrrad (privat und Leihrad)
- E-Bikes (privat und Leihrad)
- Carsharing (Elektrofahrzeuge)
- Taxi
- Stadtbus
- Stadtbahn
- S-Bahn

Die Mobilitätsstation soll sich an den Stationen orientieren, die im Rahmen der „Smart City Cologne“ in der Stegerwaldsiedlung geschaffen werden.

Die zu schaffende Elektroladeinfrastruktur soll Ladesäulen für Carsharing, Elektroräder und private Fahrzeuge vorhalten.

Sachstand:

Es wurde anhand diverser Kriterien eine Liste potentieller Standorte für Mobilstationen erarbeitet.

Unabhängig davon hat die Nahverkehr Rheinland GmbH die Erstellung einer Studie für ein verbandweites Standortkonzept für Mobilstationen beauftragt, in das auch die Stadt Köln eingebunden ist. Die o.g. Liste wird mit den Gutachtern abgeglichen. Die Fertigstellung des Gutachtens erfolgt im Sommer 2018.

Stärkung von Fahrrad und ÖPNV: mehr Sicherheit durch Lückenschlüsse bei der Beleuchtung des Fuß/Radweges entlang der B8 im Stadtbezirk Mülheim

Antrag der FDP-Fraktion und Änderungsantrag der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 02.05.2017

Antragsnummer: AN/0436/2017 und AN/0716/2017

Status: in Bearbeitung

Beschluss:

Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, wie die Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern auf dem kombinierten Fuß- und Radweg entlang der Bundesstraße 8 in Stammheim und Flittard durch energiesparende Beleuchtung verbessert werden kann.

Die Verwaltung außerdem gebeten, Gespräche mit den zuständigen Landes- und Bundesministerien bezüglich der Förderfähigkeit von Maßnahmen zur Ertüchtigung des bestehenden Fernradweges entlang der B8 zu führen.

Sachstand:

Eine Förderfähigkeit der Maßnahme wurde von den zuständigen Landes- und Bundesministerien verneint. Es wird auf die Stellungnahme der Verwaltung (Vorlagen-Nr. 1125/2017 in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.05.2017) verwiesen.

Die Auskunft zur möglichen Kostenübernahme durch den Landesbetrieb Straßen NRW (LBS NRW) ist abzuwarten. Sobald eine Antwort des LBS NRW vorliegt, wird diese dem Verkehrsausschuss vorgelegt.

Tarifregelung zur Kurzstrecke

Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die Linke, FDP-Fraktion, GUT-Gruppe, Piraten-Gruppe sowie der Freien Wähler Köln

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 31.01.2017

Antragsnummer: AN/0005/2017

Status: erledigt

Beschluss:

Die Verwaltung und die Vertreter der Stadt Köln in der Verbandsversammlung RS werden beauftragt, auf eine Korrektur der jüngst in Kraft getretenen Tarifregelung für Kurzstreckenfahrten dahingehend hinzuwirken, dass die bis zum 31.12.2016 geltende Umsteigemöglichkeit – zumindest im Bereich der Stadt Köln - wieder eingeführt wird.

Die KVB AG wird gebeten, bis zu einer abschließenden Klärung des Sachverhaltes, auf die Anwendung der neuen Kurzstreckenregelung zu verzichten.

Darüberhinaus wird die Verbandsversammlung und der Tarifbeirat gebeten, in eine grundsätzliche Diskussion über die Tarifstruktur zu treten, mit dem Ziel ein attraktives und preisgünstiges System zu entwickeln.

Sachstand:

Der Beschluss wurde an die zuständigen Gremien abgegeben.

Kampagne für „Dooring“ bzw. den sogenannten „Holländischen Griff“

Antrag der Piraten-Gruppe

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 06.12.2016

Antragsnummer: AN/1976/2016

Status: erledigt

Beschluss:

Nach dem Vorbild der städtischen Kampagnen „Köln steht bei Rot!“, „Runter vom Gas“ vor Schulen und Kindergärten zu Schulbeginn oder den weiteren Plakataktionen sowie Maßnahmenpaketen gegen Raser soll geprüft werden, inwieweit eine Kampagne für „Dooring“ (dem sogenannten „Holländischen Griff“) für mehr Verkehrssicherheit zwischen Rad-, Autofahrer und Autofahrerinnen in Köln sorgen könnte. Dabei sollen verschiedene Kampagnenformen (Plakate, Soziale Medien), der finanzielle und personelle Aufwand sowie die Beteiligung nichtstaatlicher Organisationen, z.B. regional tätige Automobil- und Fahrradverbände, in die Prüfung einbezogen werden. Der Bericht soll spätestens bis Ende des 1. Halbjahres 2017 den Fachgremien zur Bewertung und Abstimmung vorgelegt werden.

Sachstand:

Die Auswertung der Verkehrsunfallzahlen für das Jahr 2016 ergab, dass Verkehrsunfälle zwischen Pkw-Fahrenden und Radfahrenden in erster Linie auf Fehlern beim Abbiegen zurückzuführen waren, sofern die motorisierten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer hauptsächlich den Unfall verschuldeten. Im Hinblick auf die Unfallursachen nahm das von der "Piratengruppe" angesprochene spezielle Problem des Konfliktes zwischen Radfahrenden und der sich plötzlich öffnenden Pkw-Türe einen wesentlich geringeren - aber natürlich auch nicht unproblematischen - Anteil ein. Dennoch stehen beide Problemfelder im unmittelbaren Zusammenhang, beruhen aufgetretene Unfälle doch möglicherweise auf dem fehlenden Schulterblick.

Ein vertiefendes interfraktionelles Gespräch zu der Problematik fand am 16.04.2018 statt.

Kaputte Aufzüge und Rolltreppen der KVB im Netz veröffentlichen

Antrag der Piraten-Gruppe

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 06.09.2016

Antragsnummer: AN/1337/2016

Status: erledigt

Beschluss:

Bei der geplanten Erneuerung der Kölner Aufzüge und Rolltreppen sind die Anlagen technisch so aufzurüsten, dass sie aktuelle Betriebszustände erfassen und diese zeitnah/live auf der Kölner "Open Data"-Plattform <http://www.offenedaten-koeln.de/> oder einer vergleichbaren Plattform bereitstellen und auf den Auskunftsseiten der KVB und VRS sowie koeln.de veröffentlichen können. Im Weiteren sollen die Probleme bestehender Anlagen auch ohne automatisierte Fehlermeldung in entsprechende Systeme eingepflegt. Dies kann z.B. durch eine entsprechende Meldung der Wartungsmitarbeiter oder Bürgerinnen und Bürger erfolgen. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit auch die Anlagen der Deutschen Bahn im Kölner Stadtgebiet in einem gemeinsamen System dargestellt werden könnten.

Sachstand:

Die Daten zu den Anlagen der KVB werden seit Dezember 2017 auf deren Homepage

- auf der Startseite unter „Aktuelle Störungen“ (nur Aufzüge),
- bei den Haltestelleninformationen (Beispiel Neumarkt: <https://www.kvb.koeln/haltestellen/overview/2/>) sowie
- über das „Open Data“ Portal der Stadt Köln <https://offenedaten-koeln.de/group/kvb-koeln>

veröffentlicht.

In Bezug auf die Daten der DB AG laufen zurzeit noch Gespräche seitens der KVB.

Wasserbusliniensystem Rheinland

Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion sowie Deine Freunde

Gremium: Rat

Sitzungsdatum: 10.05.2016

Antragsnummer: AN/0815/2016

Status: in Bearbeitung

Beschluss:

Der Rat spricht sich dafür aus, zukünftig den Rhein als Verkehrsweg für den regionalen öffentlichen Nahverkehr zu nutzen. Daher soll ein regionales Wasserbusliniensystem entwickelt und eingeführt werden, das Linienverbindungen innerhalb Kölns sowie mit der Stadt Leverkusen, dem Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Bonn umfasst.

Der Rat beauftragt deshalb die Verwaltung,

- a) zusammen mit den benachbarten Gebietskörperschaften Bonn, Leverkusen und Rhein-Sieg in enger Kooperation mit Region Köln/Bonn e.V., dem Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR), dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) und der KVB AG ein Linien- und Betreiberkonzept für ein regionales Wasserbusliniensystem Rheinland zu entwickeln, das vom Aufbau her stufenweise realisiert werden kann.
- b) die Bedarfe und Nutzungspotenziale unter Berücksichtigung einer volkswirtschaftlichen Betrachtung darzustellen.
- c) die Integration eines solchen Wasserbuslinienetzes zu anderen Mobilitätssystemen und –angeboten (ÖPNV, IV, Radverkehrsnetz) zu berücksichtigen.
- d) das Wasserbusliniensystem in das bestehende ÖPNV-Tarifsystem einzubinden.
- e) Förderpotenziale für die Einführung eines Wasserbusliniensystems und die Finanzierung des Betriebs zu ermitteln und darzustellen.

- f) zeitnah soll als Starter eine Verbindung zwischen Porz und Rodenkirchen realisiert werden.
- g) dem Verkehrs- und Stadtentwicklungsausschuss kurzfristig einen Zeit-/Maßnahmenplan für die Realisierung vorzulegen.

Sachstand:

Zurzeit wird ein Projektpapier erarbeitet mit dem Ziel, zusammen mit den Städten Leverkusen und Wesseling eine regionale Machbarkeitsuntersuchung für den Wasserbus durchzuführen. Hierbei übernimmt die Stadt Köln die Federführung. Der Region Köln/Bonn e.V. kümmert sich um eine Förderung beim Land. Eine Beschlussvorlage kann erst nach weiteren Gesprächen und Abstimmungen mit den Projektbeteiligten (KVB, HGK, NVR, RKB und jetzt auch Leverkusen und Wesseling) erfolgen.

Optimierung Verkehrstechnik

Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion

Gremium: Rat

Sitzungsdatum: 10.05.2016

Antragsnummer: AN/0782/2016

Status: in Bearbeitung

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

1. die Variotafeln auf den Einfallstraßen im Stadtgebiet zu erneuern und mit moderner Technik auszustatten, so dass sie präzisere Informationen über verkehrliche Beeinträchtigungen vermitteln und zum anderen besser lesbar sind; die haushaltsmäßigen Auswirkungen sind darzustellen;
2. mit den Inhabern der Werbenutzungsrechte über Möglichkeiten von aktuellen Verkehrsinformationen auf den digitalen Stadtinformationsanlagen zu verhandeln und diese entsprechend aufzurüsten;
3. die seit langem geplante Beschaffung des neuen Verkehrsrechners für die Steuerung von Lichtsignalanlagen nun zeitnah durchzuführen. Ziel ist eine weitere und flächendeckende Optimierung von verkehrsabhängigen Schaltungen sowie umweltsensitiven Schaltungen für Straßen mit Luftmessungs-Stationen, zu ermöglichen und damit einen dynamischen Verkehrsfluss für alle Verkehrsteilnehmer unter Beibehaltung der ÖPNV-Vorrangschaltungen zu gewährleisten. Zudem muss die Umsetzung des Erneuerungsprogramms der Lichtsignalanlagen deutlich intensiviert werden.
4. zu prüfen, ob die RheinEnergie AG die Sanierung, Pflege und den Betrieb der Lichtsignalanlagen (LSA) im Stadtgebiet im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages durchführen kann. Dies beinhaltet Instandhaltung, Erneuerung, Erweiterung u. ä. nebst Deckung des Energieeigenbedarfs. Im Rahmen der Untersuchung soll auch die Möglichkeit der Verpachtung oder Eigentumsübertragung der LSA auf die RheinEnergie AG dargestellt werden.
5. alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die aktuellen Kölner Verkehrsdaten über alle Navigationssysteme und entsprechende Applikationen zur Verfügung stehen.
6. dafür zu sorgen, dass künftig alle gängigen LKW-Navigationssysteme das städtische „LKW-Führungskonzept“ in die Routenberechnung und

Streckenauswahl auf dem Kölner Stadtgebiet berücksichtigen.

Sachstand:

- Zu 1.: Die Finanzierung ist sichergestellt. Das Leistungsverzeichnis zur Erneuerung des Verkehrsleitsystems ist fertiggestellt. Die europaweite Ausschreibung erfolgt im Frühjahr 2018. Diese „geringe“ Verzögerung hat es jedoch ermöglicht, das Projekt beim Förderaufruf „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ mit zu berücksichtigen und mit dem Antrag ggf. 50% Förderung zu erlangen. Der förderunschädliche Projektbeginn ist beim BMVI beantragt.
- Zu 2.: Es wurde eine technische/organisatorische Lösung erarbeitet, im Bedarfsfall die digitalen Stadtinformationsanlagen für Verkehrsinformationssysteme zu nutzen. Über die Polizei können besondere Warnhinweise eingepflegt werden.
- Zu 3.: Die Beschaffung des Verkehrsrechners ist im September 2017 erfolgt. Seit Januar 2018 erfolgt die Lieferung und sukzessive Inbetriebnahme. Nach Schulung der Mitarbeiter ist ab Ende 2018 mit der Aufnahme des Vollbetriebes zu rechnen.
- Zu 4.: In Ergänzung zur Vorlage 3749/2008 „Haushaltsstrukturanalyse hier: Vergabe des Betriebes der städtischen Lichtsignalanlagen“ wurde die Möglichkeit zur Übertragung der Aufgaben an die Rheinenergie AG betrachtet:

Die Komplexität bei der Planung, dem Bau und Betrieb von Lichtsignalanlagen ist gegenüber dem Sachstand aus 2008 durch zunehmende Vernetzung der Systeme beträchtlich gewachsen. Insofern hat die Modifikation der Außenanlagen (Ampelanlagen vor Ort) jeweils direkte Auswirkungen auf die zentralen Komponenten, wie die Versorgung und den Betrieb des Verkehrsrechners sowie der Ansteuerung aus dem Concert Verkehrsmanagementsystem. Kooperative Verkehrssysteme setzen hierbei stark auf einen Mix aus zentralen und dezentralen Komponenten. Die Bündelung der Verantwortlichkeit für die Systemfunktionalität in einem Amt sollte daher erhalten bleiben. Der Einsatz kooperativer Systeme und der operative Betrieb im Verkehrsmanagement erfordern sogar eine Verantwortlichkeit der Straßenverkehrsbehörde für beide Funktionseinheiten.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Kennwerte wurde ein Vergleich zwischen dem städtischen Unternehmen Hamburg Verkehrsanlagen GmbH und den Kostenaufwänden bei der Stadt Köln gezogen. Bei dem spezifischen Personalkostenaufwand ergibt sich für Hamburg trotz höherer Anzahl und daraus anzunehmenden Synergien an Lichtsignalanlagen kein Vorteil. Bezüglich der Investitionen und Sachaufwände wird in Hamburg regelmäßig mehr investiert und instand gesetzt, so dass von einem besseren Anlagenbestand mit geringerem Störungs- und Ausfallhäufigkeiten auszugehen ist. Der Sanierungsstau für Köln ist bekannt und dem wird mit einem Erneuerungsprogramm begegnet.

Aufgrund der Eigentümerzusammensetzung der Rheinenergie AG ist

entgegen dem 100 % Besitz in kommunaler Hand bei der Hamburg Verkehrsanlagen GmbH in zahlreichen Förderprogrammen (u.a. „Sofortprogramm Saubere Luft“) oder für Investitionen in den Anlagenbestand zur Digitalisierung oder Modernisierung (ÖPNV-Beschleunigung, F+E-Projekt-Implementierungen, Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz) der Zugang zu Fördermitteln absehbar erschwert oder unmöglich.

Die Auslagerung von Aufgaben erfordert zusätzliche Schnittstellenabstimmungen und dadurch absehbar zeitliche Verzögerungen bei Maßnahmenumsetzungen, die gerade mit der Umorganisation der für den Verkehrsbereich zuständigen Ämter mit einer Bündelung der Aufgaben der Verkehrstechnik und des Verkehrsmanagements vermieden werden soll. Die künftigen Erfordernisse für kooperative Systeme, Verkehrsmanagementanwendungen und für die Sicherung kritischer Infrastrukturen (KRITIS) sind bei unterschiedlicher Betreiberverantwortung erschwert umsetzbar.

Zusammenfassend stellt sich die integrierte Aufgabenwahrnehmung für Planung, Anordnung, Bau und Betrieb als vorteilhaft dar.

Grundsätzlich ist die Verwaltung daran orientiert Planungs-, Bau- und Dienstleistung wirtschaftlich und effizient zu erbringen und hierbei, wenn möglich, Leistungen in den Wettbewerb zu stellen. Für den Bereich hat sich nach erster Prüfung kein neuer Erkenntnisgewinn ergeben, der ein weitergehendes Outsourcing der Anlagen und zugehöriger Bau- und Dienstleistungen nahe legt.

- Zu 5.: Über den Mobilitäts-Daten-Marktplatz werden in Kürze in Kooperation mit dem beim VRS federführend bearbeiteten Projekt Mobil im Rheinland städtische und regionale Verkehrsdaten allen interessierten Nutzern, auch den Herstellern von Navigationssoftware, zur Verfügung stehen.
- Zu 6.: Im Rahmen des NRW geförderten Projektes „Stadtverträgliche Lkw-Navigation“ werden unter Federführung des VRS alle für die Logistikbranche interessanten Verkehrsdaten verfügbar gemacht. Die Realisierungsphase ist Anfang 2017 gestartet worden. Beteiligt sind außer der Stadt Köln derzeit 148 Gebietskörperschaften im Gebiet der Metropol-Region Rheinland. Es ist geplant, noch in 2017 routingfähige Kartengrundlagen für ein effizientes und stadtverträgliches Lkw-Vorrangnetz in der Region zu schaffen. Dazu wurde ein webbasiertes Portal erstellt, das derzeit mit relevanten Daten versorgt wird.

Förderung der Elektromobilität in Köln

Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke

Gremium: Rat

Sitzungsdatum: 10.05.2016

Antragsnummer: AN/0820/2016, AN/0873/2016,

Status: in Bearbeitung

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln spricht sich für mehr Elektromobilität in Köln aus und setzt sich zu diesem Zweck folgende Ziele:
 - a. bis zum Jahr 2020 sollen im Kölner Stadtgebiet vierhundert Stellplätze auf Flächen im öffentlichen Straßenland für das Laden von E-Fahrzeugen, E-Bikes und Pedelec umgewandelt bzw. eingerichtet und mit Ladestationen ausgerüstet werden. Die Einrichtung kann zunächst auf fünf Jahre befristet werden. Die Stellplätze sind auf der Grundlage des Elektromobilitätsgesetzes für E-Fahrzeuge und E-Bikes zum Laden der Batterie zu reservieren und Verstöße ordnungsrechtlich zu ahnden. Die Verfahren für die Erteilung von Sondernutzungsgenehmigungen von Ladestationen sollen deutlich beschleunigt werden.
 - b. Die Verwaltung unterstützt die RheinEnergie und die KVB darin, mindestens fünf Mobilitäts-Hubs an Verbindungsknoten von S-Bahn, Straßenbahn, Bus, Fahrrad, E-Bike- & E-Carsharing-Ladestationen zu errichten. Als Standorte sollen der Bahnhof Ehrenfeld, Bahnhof Mülheim, Bahnhof Deutz, Bahnhof Porz Wahn und Hauptbahnhof geprüft werden.
 - c. Der Einsatz von E-Mobilität wird beim Carsharing-Angebot in Köln gefördert, in dem mehr Flächen im öffentlichen Raum (stationsbasiert) für E-Carsharing-Fahrzeuge, insbesondere auch durch eine Verbindung mit den unter b) dargestellten Mobilitäts-Hubs, zur Verfügung gestellt werden. Neue Carsharing-Standorte werden mit mindestens einer

Ladestation und einem zusätzlichen öffentlichen Ladepunkt ausgewiesen.

- d. Die öffentlichen Ladepunkte sind mit Ökostrom aus 100% erneuerbaren Energien zu beliefern.
 - e. Im Zuge neuer Quartiersentwicklungen ist E-Mobilität von Beginn an in städtebauliche Planungskonzepte einzubeziehen. Die Stadt soll in Bebauungsplänen Flächen für öffentliche Ladestationen ausweisen.
 - f. Die städtische Wirtschaftsförderung wird beauftragt, die Ansiedlung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus dem Sektor der Produktion, Montage und Wiederaufbereitung von E-Speichertechnologie gezielt zu fördern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen Ratsgremien noch in diesem Jahr ein Konzept zur Umsetzung der hier aufgeführten Ziele und Vorhaben zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sachstand:

In Beantwortungen auf mündliche Anfragen (2596/2017 und 2598/2017) sowie der Mitteilung 0802/2017 wurde bereits der aktuelle Sachstand mitgeteilt. Eine von den Stadtwerken erarbeitete Vorstudie liegt der Verwaltung seit Juli 2017 vor und wird noch verwaltungsintern beraten. Auf Basis dieser Abstimmungsgespräche wird ein Standortkonzept für die Elektro-Ladeinfrastruktur erstellt, das zusätzlich strategische Empfehlungen hinsichtlich der weiteren Förderung der Elektromobilität geben soll. Auf Grund der Vielzahl der zu berücksichtigenden Punkte konnte die Fertigstellung des Konzeptes nicht im Jahr 2017 erfolgen. Parallel dazu wird es verwaltungsinterne Abstimmungsgespräche zur Beschleunigung des Antragsverfahrens geben.

Darüber hinaus hat sich die RheinEnergie AG an einem Förderprogramm des Bundes zur Errichtung einer Schnellladeinfrastruktur beteiligt. In Zusammenarbeit mit der Verwaltung wurden hierfür geeignete Standorte identifiziert. Ob der Förderantrag erfolgreich sein wird, wird voraussichtlich Anfang 2018 feststehen.

Das Amt für Wirtschaftsförderung hat zur Identifikation von Potenzialen und denkbaren Strategien zur Förderung der Ansiedlung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus dem Sektor der E-Speichertechnologie in Köln zwei Expertenrunden aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden unter Beteiligung des Amtes für Wirtschaftsförderung organisiert (13.12.2016 und 20.03.2017). Dabei wurde deutlich, dass Unternehmen und Forschungseinrichtungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette der E-Speichertechnologie in Köln tätig werden können, auch wenn die aktuelle Marktlage eine industrielle Produktion von E-Speichern für mobile Anwendungen im Rheinland derzeit nicht realistisch erscheinen lassen.

KölnMobil – Express-Bus-Netz für Köln

Antrag der SPD-Fraktion

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Deine Freunde

Gremium: Rat

Sitzungsdatum: 10.05.2016

Antragsnummer: AN/0806/2016, AN/0878/2016, AN/0889/2016

Status: in Bearbeitung

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen innerhalb der nächsten fünf Jahre ein Express-Bus-Netz in Köln und ggfs. angrenzenden Kommunen realisiert werden kann. Die Planungsvarianten für ein Express-Bus-Netz sollen die an Köln angrenzenden Gebietskörperschaften mit dem Ziel eines regionalen Netzes berücksichtigen.
2. Besonders die Anbindung von unterversorgten Stadtteilen und denen, deren Kapazitäten des ÖPNV bereits ausgeschöpft bzw. sogar überschritten sind, sollen dabei berücksichtigt werden.
3. Die einzelnen Express-Bus-Linien mit lediglich einigen wenigen, stark nachgefragten Haltepunkten, sollen die Kölnerinnen und Kölner sowie Pendler schnell und auf kurzem Weg zu den hoch frequentierten Orten unserer Stadt bringen. Beschleunigungspotentiale durch die Einrichtung von Busspuren sollen in diesem Rahmen ebenfalls betrachtet werden. Es soll dargestellt werden, durch welche Voraussetzungen und Maßnahmen reale Zeitgewinne für Express-Bus-Linien im Stadtgebiet ermöglicht werden können. Zudem sollen Relationen dargestellt werden, die nicht durch schienengebundenen ÖPNV bedient werden,
4. aber wegen hohem Fahrgastaufkommen für Bus-Verbindungen relevant sind.
5. Die Prüfung soll mehrere Varianten zum Umfang eines Express-Bus-Netzes in Abstufung der Bedarfssituation und der haushaltsmäßigen Auswirkungen umfassen.

6. Der Einsatz besonders emissionsarmer Fahrzeuge sowie die Inanspruchnahme von Fördermitteln des Landes oder Bundes sollen ebenfalls in die Prüfung einbezogen werden.
7. Die Ergebnisse der Prüfung inklusive eines Entscheidungsvorschlages sind dem Rat im 3. Quartal 2016 vorzulegen.

Sachstand:

Zur Thematik „Expressbusse statt PKW - Busspur auf dem Clevischen Ring“ wird auf die in der Sitzung am 05.12.2017 gegebene Mitteilung (Vorlagen-Nr. 3451/2017) verwiesen.

Darüber hinaus wurde das Thema der Expressbusse aufgrund der regionalen Dimension mit dem Rhein-Erft-Kreis und dem Rheinisch-Bergischen Kreis besprochen. Die Ergebnisse werden in die Planungsgespräche mit der KVB AG eingebracht.

Niehler Gürtel - Planungsänderung

Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Deine Freunde

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Gremium: Rat

Sitzungsdatum: 10.05.2016

Antragsnummer: AN/0817/2016, AN/0865/2016, AN/08769/2016, AN/0858/2016

Status: erledigt

Beschluss:

1. Es wird den zuständigen Gremien eine Vorlage zur Beratung vorgelegt, in der die Neuplanung im Beschlusstext als Hauptvorschlag und die bisherigen Planungen als Alternative(n) enthalten sind. Die Planungsunterlagen von bisheriger und neuer Planung sind der Vorlage beizufügen.

Bei der Neuplanung sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

2. Es werden zeitnah neue Planungen mit dem Ziel aufgenommen, zwischen der Geldernstraße und der Mülheimer Brücke eine attraktive Rad- und Fußwegeverbindung in beiden Richtungen herzustellen. Dabei ist ein direkter Anschluss an die Mülheimer Brücke zu berücksichtigen.
3. Der Freiraum entlang der Rad- und Fußwegeverbindung wird im Rahmen der Neuplanung als bürgerfreundlicher Grün- und Freiraum gestaltet.
4. Die Verwaltung soll darstellen, wie der bereits heute vorhandene Durchgangsverkehr reduziert und in den Wohnquartieren im Umfeld der Gürteltrasse vermieden werden kann.
5. Die Ausgestaltung der entstehenden Parklandschaft wird im Rahmen eines bürgerschaftlichen Beteiligungsverfahrens erarbeitet.

Sachstand:

Es wird auf die Vorlage Nr.: 2871/2017 verwiesen, die sich derzeit im politischen Beratungsgang befindet.

3. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn

Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 26.04.2016

Antragsnummer: AN/0597/2016

Status: Ziff. 1 erledigt; Ziff. 2 in Bearbeitung

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung den aktuellen Sachstand des Planfeststellungsverfahrens im Rahmen der 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn ausführlich darzustellen; insbesondere die Terminierung für den Baubeginn und die notwendigen Baumfällungen.
2. Die Verwaltung soll in Abstimmung mit der KVB sicherstellen, dass der Linienbetrieb der Buslinie 132 von Meschenich bis zum Kölner Hauptbahnhof bis zur Lückenschließung der Gesamtstrecke an der Unglücksstelle Waidmarkt aufrechterhalten wird. Eine mögliche Linienführung des 132er nach Umbau der Bonner Straße ist darzulegen.

Sachstand:

1. Der aktuelle Sachstand wurde in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 14.06.2016 schriftlich dargestellt (Vorlagen-Nr. 1589/2016).
2. Die Planung eines ergänzenden Busnetzes steht noch aus und erfolgt rechtzeitig vor Inbetriebnahme der 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn. Die im Rahmen des Beschlusses geforderte Weiterführung der Linie 132 wird hierbei berücksichtigt.

Fuß- und Radweg-Rampe auf der nördlichen linksrheinischen Seite der Hohenzollernbrücke

Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Gruppe Deine Freunde

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 26.04.2016

Antragsnummer: AN/0720/2016

Status: in Bearbeitung

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Planung und Realisierung einer Fuß- und Radweg-Rampe auf der nördlichen linksrheinischen Seite der Hohenzollernbrücke zwecks barrierefreier Anbindung an den Breslauer Platz umzusetzen. Dabei ist die kostengünstigste Lösung zu wählen, da es sich hierbei um ein Provisorium handelt, alternativ soll eine Konstruktion geprüft werden, die in ihren Grundelementen für eine feste Rampe verwandt werden kann.

Die Finanzierung der Maßnahme ist im Haushaltsplan 2016/2017 zu berücksichtigen und dazu vorrangig die Finanzierung aus Stellplatzablöse-Mitteln zu prüfen.

Die Detailplanung ist der Bezirksvertretung Innenstadt und dem Verkehrsausschuss vorzulegen.

Sachstand:

Die Verwaltung hat die grundsätzliche Machbarkeit einer solchen Rampe bereits geprüft und dem Verkehrsausschuss das Ergebnis am 26.04.2016 (Vorlagen-Nr. 3963/2015) mitgeteilt.

Am 27.06.2017 hat die Verwaltung dem Verkehrsausschuss eine weitere Mitteilung vorgelegt (Vorlagen-Nr. 1349/2017), in der die verschiedenen Varianten des möglichen Rampenverlaufs aufgezeigt und deren komplexe Planung und Abstimmung mit den unterschiedlichen Behörden und Dienststellen dargestellt wurde.

Aktuell befindet sich eine Vorlage zur „Planung einer temporären Fuß- und Radwegrampe von der unterstromigen linksrheinischen Seite der

Hohenzollernbrücke zum Breslauer Platz“ in der politischen Beratung (Vorlagen-Nr. 3561/2017).

Parallel wird ein Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Erstellung einer Machbarkeit zur Erweiterung der Hohenzollernbrücke auf der Nord-und Südseite vorbereitet (vgl. Antrags-Nr. AN/1952/2015).

Sicherer Rad- und Fußverkehr auf der Gummersbacher Straße zwischen Deutz und Kalk

Antrag der Fraktion Die Linke, der Piraten-Gruppe, der Gruppe Deine Freunde sowie der Freien Wähler Köln

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 26.04.2016

Antragsnummer: AN/0714/2016

Status: in Bearbeitung

Beschluss:

Die Antragsteller fordern die Verwaltung auf, zur Sicherung des Radverkehrs auf Gummersbacher Straße und Geschwister-Katz-Straße die im Folgenden beschriebenen Maßnahmen zu prüfen und in einer Beschlussvorlage den zuständigen Gremien vorzulegen. Wenn die Verwaltung es für sinnvoll hält, aus verkehrstechnischen oder anderen Gründen Alternativen vorzuschlagen, sollen diese Alternativen der Beschlussvorlage hinzugefügt werden.

Zu prüfende Maßnahmen:

1. Sicherung des von der Deutz-Kalker-Straße nach links in die Gummersbacher Straße abbiegenden Radverkehrs:

- Der Radweg wird auf die Deutz-Kalker-Straße zwischen Östlichem Zubringer und Gummersbacher Straße verlegt. Dafür werden die beiden Autospuren auf eine reduziert.
- Der Schutzstreifen und ein Aufstellfläche an der Ampel für links in die Gummersbacher Straße abbiegende Radfahrer/innen ist nur möglich, wenn die Verkehrsinsel im Kreuzungsbereich in ihrer Fläche reduziert wird.

2. Radfahrstreifen Gummersbacher Straße und Geschwister-Katz-Straße

- Es wird in beiden Fahrtrichtungen entlang der gesamten Gummersbacher Straße ein Radfahrstreifen auf der Fahrbahn angelegt. Er bezieht auch die Fortführung bis zur Barcelona-Allee mit ein, die Geschwister-Katz-Straße.

Dabei sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- In stadtauswärtiger Fahrtrichtung, auf der Südseite, entfallen die Parkplätze auf der Fahrbahn vor der Eissporthalle. Die zusätzliche Rechtsabbiegerfahrspur auf der Geschwister-Katz-Straße, die ausschließlich für das Polizeipräsidium geschaffen wurde, entfällt.
- Der Sicherung des Fußverkehrs dient Folgendes: Der von der Deutz-Kalker-Straße zur Eissporthalle/Kölnarena 2 führende Bürgersteig bzw. Fußweg wird von

derzeit 40 cm auf mindestens 100 cm verbreitert, da dort trotz der beengten Fläche regelmäßig Fußverkehr zu beobachten ist.

3. Kreuzung Straße-des-17. Juni/Walter-Pauli-Ring und Geschwister-Katz-Straße/Gummersbacher Straße

- Auf der Nordseite, in Fahrtrichtung Deutz, muss die Überquerung von Straße des Walter-Pauli-Ringes und das danach erforderliche Einfädeln des Radverkehrs auf die Radspur dringend sicherer gestaltet werden. Eine Einfädelspur für den von der Straße des 17. Juni kommenden motorisierten Verkehr gefährdet den von der Geschwisters-Katz-Straße kommenden Radverkehr, der sich auf der Gummersbacher Straße auf einmal auf einer Fahrspur in der Mitte befindet.
- Die Radspuren auf der Geschwister-Katz-Straße und der Gummersbacher-Straße müssen durch bauliche Umgestaltungen der Verkehrsinseln und durch Fahrbahnmarkierungen verbunden werden.

Sachstand:

Die Planung Gummersbacher Straße ist im Maßnahmenkatalog des Radverkehrskonzepts Innenstadt (Vorlagen-Nr. 2825/2017) aufgenommen worden und wird in diesem Rahmen bearbeitet.

Ein Fahrscheinloser Tag für Köln

**Antrag der Gruppe Piraten
Änderungsantrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion
Die Linke, FDP-Fraktion sowie der Gruppe Piraten**

Gremium: Rat

Sitzungsdatum: 15.03.2016

Antragsnummer: AN/0440/2016, AN/0512/2016

Status: erledigt

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche Auswirkungen ein fahrscheinloser Tag in Köln hätte und welche Tage für ein Pilotprojekt zur kostenlosen ÖPNV-Nutzung geeignet wären. Es sollen nicht-kommerzielle Ereignisse, wie z. B. der Tag des guten Lebens, der Ehrenamtstag oder der Weltkindertag, dafür berücksichtigt werden.

Sachstand:

Die Verwaltung hat dem Verkehrsausschuss für seine Sitzung am 05.12.2017 eine entsprechende Entscheidungsvorlage (Vorlagen-Nr. 3402/2017) unterbreitet, der mehrheitlich zugestimmt wurde.

Erweiterung des Fahrtenangebots auf der Linie 17 in der nachmittäglichen Verkehrsspitze bis Sürth

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP sowie der Gruppen Deine Freunde und Piraten sowie Freie Wähler Köln

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 01.03.2016

Antragsnummer: AN/0438/2016

Status: erledigt

Beschluss:

Die Verwaltung soll sicherstellen, dass die KVB-Linie 17 künftig auch zwischen 16:30 und 18:00 Uhr die Strecke zwischen Bf Rodenkirchen und Bf Sürth bedient. Dazu ist die KVB entsprechend zu betrauen. Die dabei entstehenden Mehrkosten bei der KVB sind in die Betrauung aufzunehmen.

Sachstand:

Die Maßnahme wurde umgesetzt.

Machbarkeitsstudie Fußgänger- und Radfahrbrücke
Antrag der CDU- und FDP-Fraktion
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 19.01.2016

Antragsnummer: AN/1952/2015 und AN/0160/2016

Status: erledigt

Beschluss:

Ergänzend zum erfolgten Ratsbeschluss vom 15.12.2015 beschließt der Ausschuss: Ergänzend prüft die Verwaltung im Rahmen der Machbarkeitsstudie ob und wie eine Erweiterung der Fuß- und Radwegverbindung an der südlichen Seite der Hohenzollernbrücke zwischen rechtem Rheinufer und Dom dargestellt werden kann. Und nimmt eine Priorisierung der Varianten aufgrund des ermittelten Verkehrswertes vor.

Sachstand:

Es wird ein Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Erstellung einer Machbarkeit zur Erweiterung der Hohenzollernbrücke auf der Nord- und Südseite vorbereitet.

Parallel dazu wird die Machbarkeit einer provisorischen Fuß- und Radwegrampe geprüft (vgl. Vorlagen-Nr. 3561/2017).

Förderung der Elektromobilität

Antrag der FDP-Fraktion

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke FDP sowie der Gruppe Piraten und Deine Freunde

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 19.01.2016

Antragsnummer: AN/1106/2015 und AN/0159/2016

Status: erledigt

Beschluss:

- 1) Die Verwaltung wird gebeten vorab einen Erfahrungsbericht aus anderen Städten, in denen bereits in einem größeren Umfang Elektromobile angeschafft wurden, hinsichtlich Kosten, Schadstoffreduzierung und Infrastruktur vorzulegen.
- 2) Vor Anschaffung eines neuen Fahrzeuges soll immer geprüft werden, ob die Dienstfahrten durch Fahrräder, Lastenräder oder E-Bikes, erfolgen kann, bzw. ein anderes Mobilitätsverhalten möglich ist (ZuFußgehen, ÖPNV Nutzung). Sollten keine Alternative zu einem KFZ bestehen, soll die Verwaltung prüfen, ob ein gleichwertiger Ersatz durch ein Fahrzeug mit E-Motor oder mindestens Hybrid-Motor möglich ist.
- 3) Die Verwaltung soll darstellen, in welchen städtischen Bereichen der Einstieg in die Elektromobilität betriebs- wie volkswirtschaftlich sinnvoll ist.

Für jedes Fahrzeug oder Ersatzfahrzeug, welches für die Stadt oder ihre Töchter angeschafft wird, ist eine vorherige Prüfung durchzuführen, ob es sich bei der Neuanschaffung um ein Elektrofahrzeug handeln kann. Sollte ein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor angeschafft werden, muss dezidiert begründet werden, warum dies kein Elektrofahrzeug sein kann.

Die städtischen Vertreter in den Gremien der städtischen Töchter werden angewiesen bzw. – wo dies nicht möglich ist – aufgefordert, entsprechende Beschlüsse ihrer Gesellschaften herbeizuführen.

Sachstand:

Die Fragestellungen wurden in der Mitteilung 0147/2017 beantwortet.

ÖPNV-Bedarfsplan 2017 des Landes NRW-Bedarfsplananmeldungen der Stadt Köln

Gem. Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP sowie der Gruppen Piraten und Deine

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 01.12.2015

Antragsnummer: AN/1883/2015

Status: erledigt

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt und unterstützt ausdrücklich die Anmeldungen der Stadt Köln zum ÖPNV-Bedarfsplan 2017 des Landes NRW.

Sachstand

Das Anmeldeverfahren zum ÖPNV-Bedarfsplan des Landes NRW ist abgeschlossen, der Beschluss wurde umgesetzt.

Pilotprojekt „Rechtsabbiegen bei roter Lichtsignalanlage für Radfahrer und Radfahrerinnen in Köln“

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP sowie der Gruppen Piraten und Deine Freunde

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 27.10.2015

Antragsnummer: AN/1619/2015

Status: in Bearbeitung

Beschluss:

Die Stadt Köln setzt sich beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bzw. beim Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen dafür ein, ein Pilotprojekt „Rechtsabbiegen bei roter Lichtsignalanlage für Radfahrer und Radfahrerinnen in Köln“ in die Wege zu leiten. Als Vorbild eignet sich z. B. das seit 2013 durchgeführte Pilotprojekt in Basel. Darüber hinaus könnten aber auch verschiedene Ansätze wie der Grünpfeil (StVO-Zeichen 720) – ein Verkehrszeichen nach niederländischem Vorbild – oder generelle Freigaben sowie andere Möglichkeiten getestet werden.

Ein erster Bericht über den Sachstand wird dem Verkehrsausschuss im ersten Quartal 2016 vorgelegt.

Sachstand:

Der aktuelle Sachstand ist in der Sitzung am 05.09.2017 mitgeteilt worden (Vorlagen-Nr. 1948/2017).

Verkehrssicherheit für Radfahrende: Aufhebung der Radwegenutzungspflicht – Umsetzung in Köln

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP sowie der Gruppen Piraten und Deine Freunde

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 27.10.2015

Antragsnummer: AN/1614/2015

Status: Ziff. 2 erledigt; Ziff. 1 und 3 in Bearbeitung

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten,

1. zügig die Radwegenutzungspflicht aufzuheben, wo nicht aufgrund einer qualifizierten Gefahrenlage eine Radwegebenutzungspflicht angeordnet werden muss, und somit den Radfahrenden durch Abnahme der blauen Schilder an den Radwegen die Wahlfreiheit zu geben, entweder den Radweg oder die Straße zu benutzen. Anhand vorhandener Daten soll die Verwaltung dem Verkehrsausschuss eine Liste der Sofortmaßnahmen sowie der Wege vorlegen, die erst nach weitergehenden Maßnahmen von der Benutzungspflicht ausgenommen werden können.
2. schnellst möglich die Radwegenutzungspflicht an den Ringen – hier auch im Zusammenhang mit der im Radverkehrskonzept Innenstadt geplanten shared-bike-lane – aufzuheben. Radfahrende sollen hier selbst entscheiden können, ob sie auf der Straße fahren oder den Radweg nutzen.
3. bei freilaufenden Rechtsabbiegern – insbesondere bei stark befahrenen Straßen – geeignete Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung durchzuführen.

Sachstand:

Die Verwaltung führt die Überprüfung der Radwegbenutzungspflicht sukzessive durch. Von den 628 km Radwegen in Köln wurden zwischenzeitlich rund 400 km Radwege auf ihre Benutzungspflicht überprüft, ca. 228 km stehen somit noch aus. In den nächsten zwei Jahren wird die Prüfung voraussichtlich abgeschlossen sein.

Sofern im Rahmen der Überprüfung freilaufende Rechtsabbieger betroffen sind, werden diese ebenfalls überprüft und – soweit erforderlich – geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit festgelegt.

Ortsumgehung Dellbrück/Holweide/Refrath
Antrag der FDP-Fraktion
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 22.09.2015

Antragsnummer: AN/1033/2015 und AN/1459/2015

Status: erledigt

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss schließt sich der Zielsetzung des einstimmig in der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim am 27.04.2015 gefassten Beschlusses zur Verbesserung des Verkehrsflusses auf der Bergisch Gladbacher Straße an.
2. Die Verwaltung wird gebeten, dem Verkehrsausschuss spätestens zur letzten Ausschusssitzung dieses Jahres eine Bewertung der beschlossenen Maßnahmen und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen vorzulegen.
3. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, in Kooperation mit der Nachbarstadt, eine durchgängige Radwegeverbindung zwischen Bergisch Gladbach und Köln zu realisieren, um die Verkehrsbelastung auf den bestehenden Verbindungsstraßen in den Stadtteilen Holweide und Dellbrück sowie Refrath zu reduzieren.
4. Der Verkehrsausschuss bittet die Verwaltung darzustellen, wie und mit welchen Kosten, eine Schnellbusverbindung, bis zur Realisierung des 10-Minuten-Takts der S 11, in Kooperation mit Bergisch Gladbach, auf der Achse Otto-Kayser-Straße – Bergisch Gladbacher Straße – Mülheimer Straße bis Bergisch Gladbach Mitte, umgesetzt werden könnte.
5. Darüber hinaus bittet der Verkehrsausschuss die Verwaltung, mit den Tarifverbänden eine Lösung des Tarifgrenzkonfliktes zu erreichen.

Sachstand:

Der Beschluss zum 33-Punkte Programm zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Köln (Vorlagen-Nr. 1007/2017) ersetzt diesen Beschluss; vgl. dortigen Sachstandsbericht.

Vorübergehende Nutzung des Busbahnhofes Breslauer Platz für Fernbusse bis zur Neubebauung

Antrag der FDP-Fraktion

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Gruppe Piraten

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

Gremium: Rat

Sitzungsdatum: 10.09.2015

Antragsnummer: AN/1314/2015, AN/1374/2015, AN/1376/2015

Status: Ziff. 1 und 2 erledigt, Ziff. 3 in Bearbeitung

Beschluss:

1. Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 13.11.2014 zur Etablierung des neuen Fernlinienbusbahnhofes am Flughafen Köln/Bonn im Jahr 2015 und sieht diesen Standort als den derzeit geeigneten an. Der Rat wird die Entwicklung des Fernbusverkehrs in Köln weiter beobachten und bei Bedarf nachsteuern.
2. Die Verwaltung wird gebeten, sich kurzfristig mit Nachdruck für eine Taktverdichtung der bestehenden ÖPNV-Anbindung am Flughafen Köln/Bonn ab Aufnahme des Betriebes des Fernbusbahnhofes, vor allem in den Randzeiten und am Wochenende, einzusetzen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt dem Rat zeitnah ein Konzept zur Lenkung der Touristenbusse vorzulegen, denen auch weiterhin gestattet werden soll, das Zentrum anzufahren. Ein wesentliches Ziel ist die Entlastung der Komödienstraße und der Domumgebung vom Touristenbusverkehr.

Sachstand:

Zu 1. Der Fernbuslinienbahnhof Flughafen wurde in Betrieb genommen und wird von den Betreibern genutzt. Der Breslauer Platz wird ausschließlich als Haltepunkt regionaler Linienverkehre (und Taxen) benutzt.

Zu 2. Seit dem Fahrplanwechsel am 10.12.2017 gibt es samstags ab ca. 9:00 Uhr auf den Kölner S-Bahn-Linien einen 20-Minuten-Takt anstelle des bisherigen 30-Minuten-Taktes (50 %-Angebotsausweitung) bis ca. 21:00 Uhr. Eine vergleichbare Taktverdichtung ist seitens der Nahverkehr Rheinland (NVR) GmbH sonn- und feiertags spätestens ab dem Jahr 2024 vorgesehen. Eine Erweiterung des RE 6-Angebotes zum durchgehenden 24-Stunden-Betrieb befindet sich derzeit in Planung. Die mögliche Realisierung hängt aufgrund des Linienlaufweges auch von der Zustimmung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr ab. Langfristig ist ein 10-Minuten-Takt auf der S-Bahn zwischen Köln und dem Flughafen geplant.

Die Buslinie 161 der KVB AG zwischen Porz Markt und dem Flughafen hat lediglich ergänzenden Charakter und erschließt zusätzlich den Parkplatz vor der Personenschleuse zum Frachtzentrum direkt. Die tägliche Bedienungszeit von 5.30 Uhr bis 24.00 Uhr sowie der ab 19.30 Uhr ausgedünnte Takt sind bei den derzeitigen Ein- und Aussteigern angemessen. Eine weitere Angebotsausweitung ist derzeit nicht geplant.

Die Bedeutung des Busverkehrs für den Fernbusbahnhof ist marginal. Die ÖPNV-Anbindung des Flughafens Köln/Bonn wird daher durch den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sichergestellt.

Zu 3. Das Terminal für Reisebusse mit Tagestouristen soll aus der Komödienstraße verlagert werden. Derzeit wird die Ausschreibung für die Einrichtung und den Betrieb eines Reisebusterminals auf der Fläche des Busparks Kuhweg vorbereitet. Es soll ein 2-stufiges Verfahren durchgeführt werden. Für den Teilnehmerwettbewerb soll die Leistungsfähigkeit des potentiellen Bieters geklärt werden. Die konkreten Ausschreibungsunterlagen sollen die Basis für das zukünftige Vertragsverhältnis Stadt – Betreiber bieten.

Bus-Verbindung vom Rheinauhafen zur Haltestelle Severinstraße

Antrag der FDP-Fraktion

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 25.08.2015

Antragsnummer: AN/1158/2015

Status: erledigt

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Führung der KVB-Buslinie 106 zum Fahrplanwechsel im Dezember 2015 wie folgt geändert **werden kann:**

- In Richtung Heumarkt vom Chlodwigplatz kommend über die Haltestellen Ubierring und Rheinauhafen und dann von der Rheinuferstraße links in die Mechtildisstraße abbiegend, über ‚An St. Katherinen‘ bis zur Severinstraße.
- In Richtung Marienburg ‚An der Eiche‘ links in die Dreikönigenstraße und rechts auf die Rheinuferstraße, um die Haltestellen Rheinauhafen und Ubierring zu bedienen, und über den Ring bis zum Chlodwigplatz.

Sachstand:

Die neue Buslinienführung ist umgesetzt.

Prüfantrag für eine Fußwegekarte Köln. Erste Schritte für eine Kölner Fußverkehrsstrategie

Antrag der Piraten-Gruppe

Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Piraten-Gruppe

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 09.06.2015

Antragsnummer: AN/0851/2015 und AN/0987/2015

Status: in Bearbeitung

Beschluss:

Mit dem Ziel der Förderung des Fußgängerverkehrs in Köln wird die Verwaltung gebeten

1. darzustellen, welche Angebote an (online) Fußwegekarten, Routenplanern oder Leitsystemen für Fußgänger es für Köln oder Teile Kölns bereits gibt,
2. die vorhandenen Angebote hinsichtlich des Informationsangebotes zu bewerten und
3. auf der Grundlage evtl. bereits vorhandener Angebote darzustellen, wie diese Angebote kostengünstig genutzt und im Zuge von Open Data in Kooperation mit den Anbietern ausgebaut werden könnten, so dass eine Fußwegekarte nach dem Vorbild Wiens (<https://www.wien.gv.at/verkehr/zufussgehen/fusswegekarte.html>) entstehen kann.
4. Die Ergebnisse der Prüfungen werden dem Verkehrsausschuss im 2. Halbjahr 2015 vorgelegt.

Sachstand:

Es wird zunächst auf den in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.09.2017, Vorlagen-Nr. 1507/2017 gegebenen Sachstand verwiesen.

Nach Vorliegen der Empfehlungen des Fachverbandes Fußverkehr Deutschland (FUSS e.V.) wird die Verwaltung über das weitere Verfahren berichten.

Attraktive Planung von Fuß- und Radwegeführung im Zuge des Neubaus der Leverkusener Rheinbrücke

Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis90/Die Grünen sowie der CDU-Fraktion

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 28.04.2015

Antragsnummer: AN/0727/2015

Status: erledigt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. kurzfristig und eindringlich den Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen durch Herrn Oberbürgermeister um die ausreichende Berücksichtigung der Belange des Fuß- und Radverkehrs zu bitten.
2. bei ihrer Stellungnahme an das Ministerium ebenfalls deutlich die Belange des Fuß- und Radverkehrs zu berücksichtigen. Dabei ist neben einer barrierefreien Ausstattung und Breite vor allem auch auf adäquate Anschlüsse auf beiden Seiten des Rheins zu achten.
Die Stellungnahme der Stadt Köln ist vor Ablauf der Frist dem Stadtentwicklungsausschuss sowie, wegen der Bedeutung des Vorhabens, auch den jeweiligen Fachausschüssen und Bezirksvertretungen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sachstand:

Die Planung ist abgeschlossen und die entsprechenden Unterlagen wurden von der Stadt Köln an Straßen NRW abgegeben. Der Verkehrsausschuss wurde in den Sitzungen am 31.01.2017 unter Vorlagen-Nr. 4202/2016 und am 02.05.2017 unter Vorlagen-Nr. 0983/2017 über den aktuellen Planungsstand informiert.

Verkehrssituation in Köln Porz, Zündorf-Süd

Antrag der CDU-Fraktion

Gremium: Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum: 02.12.2014

Antragsnummer: AN/1482/2014

Status: erledigt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig alle Möglichkeiten zu prüfen, den Verkehr in Porz-Zündorf zu entlasten.

Sachstand:

In Kooperation mit den Nachbarkommunen Troisdorf und Niederkassel sowie dem Rhein-Sieg-Kreis wurde ein externes Planungsbüro mit der Durchführung einer vergleichenden Machbarkeitsstudie beauftragt.

Dabei wurden verschiedene Planungen für eine Entlastungsstraße im betroffenen Planungsraum untersucht und bewertet.

Ziel war die Empfehlung für eine Vorzugsvariante, die dann gemeinsam von allen Beteiligten (Rhein-Sieg-Kreis; Städte Troisdorf, Niederkassel und Köln) dem Land als gemeinsamer Vorschlag für eine Entlastungsstraße unterbreitet werden sollte.

Nach Abschluss der Untersuchung wird eine entsprechende Vorlage mit Beschlussempfehlung in die politischen Gremien eingebracht.

Im Übrigen wird auf die neue Beschlusslage zum AN/1647/2017 verwiesen. Dieser Antrag ist somit erledigt.